



Die Tafeln im Landkreis Emmendingen werden von immer mehr Bedürftigen in Anspruch genommen. Auch dies ist ein Ausdruck, der das Motto der Aktionswoche „Armut bedroht alle“ verdeutlicht. FOTO: BENEDIKT SOMMER

Wenn selbst die Tafel zu teuer wird

Liga der Freien Wohlfahrtspflege registriert zunehmend mehr Nachfrage von Haushalten, die in finanzielle Engpässe geraten

Von Michael Sträter

KREIS EMMENDINGEN. Von einem Horrorszenario mag Meinhard Schamotzki, Geschäftsführer des Diakonischen Werks Emmendingen, noch nicht sprechen. Aber dass Teuerungsraten und Energiekosten die Klientel der hiesigen Wohlfahrtsträger zunehmend belastet, sei bereits festzustellen.

„Die Nachfrage nach unterstützenden Angeboten steigt, wenn auch noch nicht signifikant. Aber es wird deutlich, dass die Ressourcen vieler Hilfesuchende bereits heute erschöpft sind“, sagte Meinhard Schamotzki anlässlich eines Gesprächs mit Vertretern der Liga der Freien Wohlfahrtspflege im Landkreis zur landesweiten Aktionswoche unter dem Motto „Armut bedroht alle“. Der Hinweis auf eine Studie des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands unterstreicht die Wahrnehmung. „Wir rechnen damit, dass wegen der deutlichen Preissteigerung perspektivisch bis zu 60 Prozent der deutschen Haushalte ihre gesamten verfügbaren Einkünfte – oder mehr – monatlich für die reine Lebenshaltung werden einsetzen müssen“, sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Girover-

bands, Helmut Schleweis, der *Welt am Sonntag*. Laut Sparkassen-Vermögensbarometer waren vor einem Jahr 15 Prozent nicht in der Lage, Geld zurückzulegen.

Dieser Trend zeige sich bei den verschiedenen Angeboten von Diakonie und Caritasverband. In der Schuldnerberatung der Caritas gebe es zunehmend mehr Hilfesuchende, die Schulden nicht mehr aus eigenen Mitteln begleichen können. „Und an anderen Stellen hören wir, dass Stromversorger kündigen oder die Aufschläge verdoppelt werden, was zu weiteren finanziellen Belastungen führt“, so Schamotzki. So steige zum Beispiel die Nachfrage nach Gutscheinen für die Tafeln, „weil den Menschen, die eh schon berechtigt sind, sich bei der Tafel zu versorgen, zum Monatsende hin selbst die wenigen Euro fehlen, hier einzukaufen“, so Schamotzki.

Die Wohlfahrtsträger selbst stehen vor neuen Herausforderungen. „Die Energiekosten werden sich beim Betrieb unserer Wohnanlagen, etwa dem Betreten Wohnen, genauso bemerkbar machen wie bei unserem Angebot von Essen auf Rädern“, sagt Denis Deiser, Geschäftsführer des Kreisverbands Emmendingen der Arbei-

terwohlfahrt und Vorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtsträger im Landkreis. Und dann seien da noch die Lohnkosten. Zwischen drei und acht Prozent Plus rechnet Deiser, Alexander Breisacher, Geschäftsführer des DRK-Kreisverbands Emmendingen geht von acht Prozent aus. „Und das bei einem Personalkostenanteil, der beim DRK bereits 80 Prozent beträgt“, so Breisacher.

Demgegenüber stünden geringere Einnahmen. Sowohl Deiser für die AWO wie auch Norbert Köthnig für die Lebenshilfe Breisgau stellen fest, dass zum Beispiel Mitglieder kündigen, weil sie in allen Bereichen sparen müssen.

Zudem werde es schwieriger, Ehrenamtliche, deren Arbeit mit der sogenannten Übungsleiterpauschale von 3000 Euro im Jahr vergütet wird, zu halten oder neue zu finden. „Immer mehr Helfende sagen, dass sie sich einen anderen Job suchen müssen, um finanziell über die Runden zu kommen“, bringt es Köthnig auf den Punkt.

In dieser Gemengelage appellieren die Wohlfahrtsträger an die Solidarität der Gesellschaft. Eigene Mittel gebe es nicht, da die Verbände wegen ihrer Gemeinnüt-

zigkeit keine Gewinne erwirtschaften dürfen und Rücklagen bilden können. Verhandlungen mit den Kostenträgern werde es geben, um den finanziellen Mehraufwand bewältigen zu können. Zudem müsse überlegt werden, Leistungen zu reduzieren oder sie zumindest in der aktuellen Situation nicht zu erweitern. Hier sei die öffentliche Hand gefordert, wie Breisacher verdeutlicht: „Die Verkürzung der Hilfsfrist im Rettungsdienst von 15 auf zwölf Minuten erforderte von uns, einen zusätzlichen Rettungswagen einzusetzen, für den zehn Stellen geschaffen werden mussten. Das sind Mehrkosten von 700 000 Euro im Jahr.“

Beim Stichwort Solidarität hoffen die Verbände auf die Spendenbereitschaft der Gesellschaft. Wobei Meinhard Schamotzki auch die BZ-Weihnachtsaktion im Blick hat, mit der im vergangenen Jahr in 1100 Fällen Menschen in finanziellen Notsituationen geholfen wurde. Alexander Breisacher hat dazu bereits einen Vorschlag: „Es wäre doch prima, wenn alle, die die Zuwendungen aus dem sogenannten Doppelwummis, also die Einmalzahlung von 300 Euro sowie die Übernahme der Abschlagszahlung im Dezember durch den Staat, nicht oder nicht komplett benötigen, diesen Betrag ganz oder teilweise spenden würden.“ Seite ???

Teile der staatlichen Zuwendungen möglicherweise spenden